

IWO stellt mit Positionspapier Forderungen an die neue Bundesregierung

Programm für die Energiezukunft Österreichs

Wien, 26. September 2017 – **Energie- und Klimapolitik braucht klare Rahmenbedingungen. Mit einem Positionspapier wendet sich das IWO an die neue Bundesregierung und fordert vor allem eine einheitliche Energiestrategie Österreich 2030. Ein ausbalancierter Energiemix ist aus Sicht des Instituts entscheidend für die Energieversorgung der Österreicher. Die Politik müsse alle Energieträger gleichbehandeln – sowohl in der Besteuerung als auch in der Förderung.**

Als Grundlage für die neue Regierung hat das IWO mit Zustimmung des Fachverbandes der Mineralölwirtschaft und des Energiehandels der WKÖ ein Positionspapier entwickelt, das in das kommende Regierungsprogramm einfließen soll. Wichtige Punkte daraus sind:

Zielformulierung für eine einheitliche Energiestrategie Österreich 2030

Klima und Energie der Zukunft zählen zu den größten Herausforderungen der Europäischen Union. „Was wir in Österreich dringend benötigen, sind klare Ziele im Bereich Energie- und Klimapolitik als Vorlage für die Landesstrategien. Es darf nicht sein, dass jedes Bundesland seine eigene Energiestrategie fährt. Eine einheitliche Strategie der Republik ist zwingend notwendig“, fordert Martin Reichard, Geschäftsführer des IWO-Österreich.

Energiemix für IWO entscheidend

Ein gut funktionierendes Energiesystem basierend auf einem ausbalancierten Energiemix sei Voraussetzung, um eine moderne, nachhaltige, leistbare, wettbewerbsfähige und stabile Energieversorgung dauerhaft sicherstellen zu können. „Besonders im Raumwärmemarkt muss die Politik wirtschaftliche und topographische Aspekte berücksichtigen. Leitungsgebundene Energieträger sind nicht beliebig ausbaubar und die individuelle Wärmeversorgung ist daher oft alternativlos“, so der IWO-Geschäftsführer.

Gleichbehandlung aller Energieträger

Zudem dürften Technologien nicht eindimensional anhand einzelner Emissionsfaktoren bewertet werden und manche davon zu Gunsten anderer diskriminiert werden. „Ölheizungen sind im Bereich der Luftschadstoffe viel sauberer als Holz-, Pellets- oder Biomassekessel“, merkt Reichard an. „Die Bevorzugung einzelner Brennstoffe bei der Besteuerung ist nicht akzeptabel. Schon gar nicht auf Kosten der Luftqualität. Der Gesetzgeber ist hier gefordert, einen gerechten Wettbewerb unter den Energieträgern herzustellen, um für Fairness für die Konsumenten zu sorgen“, verlangt der IWO-Geschäftsführer.

Behutsame Förderpolitik aus Steuermitteln

Darüber hinaus fordert das IWO eine behutsame Förderpolitik im Raumwärmebereich. Aus Steuermitteln finanzierte Förderungen sollten lediglich als Anreiz zur Marktreife dienen. Außerdem brauche es kein Verpflichtungssystem im Energieeffizienzgesetz 2020: „Anreize und Förderungen schaffen mehr sinnvolle und effiziente Maßnahmen als das bisherige System gezeigt hat“, so Reichard.

Über das IWO

Das IWO-Österreich (Institut für Wärme- und Oeltechnik) ist ein als Verein organisiertes Kompetenzzentrum für Heizfragen und versteht sich als zentrale Informations- und Beratungseinrichtung der österreichischen Mineralölwirtschaft. Mitglieder des IWO-Österreich sind zahlreiche Unternehmen aus den Bereichen Mineralölindustrie, Energiehandel, Kesselindustrie, Installationsunternehmen, Wirtschaftskammern, Kamin- und Tankfirmen.

Ansprechpartner für Rückfragen

IWO-Österreich
Geschäftsführer Mag. Martin Reichard
Tel: 01/710 68 99-35
E-Mail: martin.reichard@iwo-austria.at
www.iwo-austria.at

communication matters
Thomas Schweinberger, MA
Tel: 01/5032303-29
E-Mail: schweinberger@comma.at
www.communicationmatters.at